

Winter 2020/21

Social Distancing. Deutschland und das Virus

**Veranstaltungsprogramm
der Ag Antifa
der Universität Halle**



Ag Antifa im Studierendenrat
der Universität Halle-Wittenberg, Oktober 2020
Universitätsplatz 7, 06108 Halle (Saale)

agantifa@gmail.com
antifa.uni-halle.de

facebook.com/agantifaschismus

Social Distancing.

Deutschland und das Virus

3

Als die Bundeskanzlerin Mitte März in einer Fernsehansprache erklärte, dass die Pandemie die größte Herausforderung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs sei, blieben die meisten Deutschen erstaunlich gelassen. Zwar kam es hier und da zu Hamsterkäufen, dennoch lösten weder die ernsten Worte Merkels noch die düsteren Prognosen der Wissenschaftler Panik aus. Stattdessen registrierten Umfragen eine ausgesprochene Gelassenheit bei den Bundesbürgern. Den Zahlen nach waren sie meilenweit davon entfernt, in Angststarre zu verfallen. Die Presse sprach gar von einer Aufbruchstimmung, welche die Deutschen erfasst habe. Journalisten schrieben Elogen über die Hilfsbereitschaft, die sie überall zu sehen meinten. Politiker aller Parteien priesen den gesellschaftlichen Zusammenhalt, während Vertreter der Regierung einen wachsenden Rückhalt in der Bevölkerung genossen. Im Ausland entbrannte eine Diskussion darüber, weshalb Deutschland in der Krise so gut dastehe. Jenseits des Rheins schwor Emmanuel Macron die Franzosen auf den Krieg gegen einen unsichtbaren Feind ein, diesseits herrschte Zuversicht. Von German Angst keine Spur.

Vor der Haustür

Das äußere Bild änderte sich nur langsam. Mit dem Sinken der Infektionszahlen ab April legte sich auch die deutsche Aufbruchstimmung wieder, die das Land ergriffen hatte. Nach und nach verklang der Applaus, mit dem sich freundliche Menschen allabendlich auf dem Balkon bei ihren Mitmenschen bedankten, zuerst bei den Krankenschwestern und Altenpflegern, dann auch bei den Kassierern, Briefträgern und Busfahrern, schlussendlich wohl bei allen, die weiterhin ihrer Arbeit nachgehen mussten. Die Bewährungsprobe fiel weniger stark aus, als es sich einige Reservisten an der Heimatfront wohl insgeheim gewünscht hatten, während sie gespannt das Auf und Ab der Infektionszahlen verfolgten. Zu dem großen Ansturm auf die Intensivstationen kam es nie. Von Zuständen, wie sie zwischenzeitlich in der Lombardei geherrscht hatten, blieb die Bundesrepublik verschont.

Nachdem sich im April abgezeichnet hatte, dass der Infarkt des Gesundheitssystems ausbleiben wird, griffen die Journalisten vermehrt andere Themen auf, die ihnen mehr am Herzen lagen. Ihr ohnehin schon beschränktes Interesse für die Zustände in den Krankenhäusern, Altenheimen und Pflegeeinrichtungen versiegte nahezu völlig. Zeitgleich mit den Medien wandten sich auch die Regierungen von den Risikopatienten ab, mit schwerwiegenden Folgen. Zwar war zu jener Zeit längst bekannt, dass das Virus vor allem für ältere Menschen mit Vorerkrankungen und Übergewicht gefährlich ist. Trotzdem klagten Arzthelfer und Pfleger noch lange über fehlende Ausrüstung und personelle Unterstützung. In den Alten- und Pflegeheimen mangelte es an Angestellten, um die Hygienevorschriften und Besuchsregelungen umzusetzen, wodurch an vielen Orten die Tür für Angehörige über Wochen hinweg geschlossen blieb. Indes fanden deutlich weniger Kontrollen in den Einrichtungen statt, was zusätzlich dazu beitrug, dass sich die Zustände in den meisten Heimen erheblich verschlechterten. Obwohl seit langem bekannt ist, dass fast jeder zweite Covid-19-Tote dem Umfeld der Einrichtungen entstammt, werden die meisten Mitarbeiter selbst heute noch nicht regelmäßig getestet. Dabei ließen sich durch prophylaktische Tests auch symptomfreie Erkrankungen früh erkennen.¹ Die Laborkapazitäten dafür bestehen seit Juni. Aber während sich an den Bayerischen Autobahnen jeder testen lassen konnte, der aus einem Nicht-Risikogebiet zurückkam, gingen viele Mitarbeiter des Gesundheits- und Pflegewesens leer aus.

Die Berufsverbände mühten sich lange Zeit vergeblich um die Aufmerksamkeit der großen Zeitungen. Zwar häuften sich in den Massenmedien Reportagen und Kommentare über die Helden des Alltags, in denen auch hin und wieder die schlechten Arbeitsbedingungen in den Pflegeheimen und Krankenhäusern zur Sprache kamen, jedoch blieben jene meist Staffage in den Märchen von aufopferungsvollen Pflegern und Schwestern, die an vorderster Front allen Widrigkeiten zum Trotz Menschen umsorgten. Natürlich änderten die rührseligen Erzählungen nichts an den Gehältern des Gesundheitspersonals, sie ließen aber das Gefühl der Solidarität hinter den Balkontüren messbar wachsen. Eine Studie

der Bertelsmann-Stiftung vom August wurde in der Presse mit den Worten angekündigt, der Zusammenhalt der Bundesbürger habe sich verbessert.² Die Befragung hatte jedoch auch gezeigt, dass der abgehängte Teil der Gesellschaft davon kaum etwas mitbekam. Wer nur eine geringe Bildung besaß und wenig verdiente, empfand die Solidarität deutlich schwächer. Von dem sozialen Zusammenhalt waren mit anderen Worten nicht zuletzt diejenigen gerührt, die nicht auf ihn angewiesen waren. Dies ließ sich auch den Regionalmedien entnehmen, in denen öfter Berichte über frustrierte Alten- und Krankenpfleger erschienen, die sich über den Applaus ihrer Mitmenschen nicht freuen konnten. Die nette Geste bedeutete ihnen weitaus weniger als denjenigen, die angeblich ihretwegen in die Hände klatschten. Stattdessen forderten sie ein höheres Gehalt, aber auch mehr Personal, regelmäßige Tests und eine bessere Ausrüstung.

Daheim

An der Arbeitssituation des Gesundheitspersonals war die meinungsbildende Öffentlichkeit aber nur oberflächlich interessiert. Im Hochjubeln ganzer Berufsgruppen äußerte sich weniger Empörung über bestehende Ungerechtigkeiten als die Gewissensbisse derjenigen, die wenig Grund zur Klage hatten. Vor drei Jahren begann *Die Zeit* damit, ihre Leser online nach dem Wohlbefinden zu fragen. Lange schwankte die Stimmung nur geringfügig. Seit März allerdings verzeichnete die Zeitung eine deutliche Aufhellung in der Gefühlswelt ihrer Leser. Das Stimmungshoch war derart markant, dass die Redaktion ihnen die Frage stellte: „Warum so glücklich?“³ Die Auskünfte der Befragten ließen wenig Zweifel an den Gründen. Die meisten gaben an, aufgrund des Homeoffice mehr freie Zeit zu haben. Zwar war es insgesamt nie mehr als ein Viertel der deutschen Beschäftigten, das zuhause arbeiten konnte. Im Bezugskreis der *Zeit* dürfte der Anteil aber ungleich höher sein. Viele derjenigen jedenfalls, die seit März nicht mehr regelmäßig ins Büro mussten, konnten der neuen Situation offenbar einiges abgewinnen. Die täglichen Fahrten zum Arbeitsplatz entfielen, ebenso zahlreiche Termine. Die verringerte gesellschaftliche Mobilität ließ das Telefon öfter mal stumm stehen. Onlinemeetings versprochen

eine willkommene Abwechslung zum gewohnten Trott, standen zudem anderen Beschäftigungen nicht immer im Wege. Mit anderen Worten: Nicht wenige empfanden die Arbeit daheim offenbar als erholsame Alternative zum eintönigen wie stressigen Büroalltag. Dass sich die meisten im Homeoffice wohlfühlten, wurde nicht nur von der Leserbefragung der *Zeit* bestätigt. So plante die britische Regierung im August eine Kampagne, um die Londoner Angestellten wieder ins Büro zu bewegen, die trotz gesunkener Infektionszahlen nicht daran dachten, an ihre Arbeitsstelle zurückzukehren.⁴ In Deutschland beklagten Unternehmer ähnliche Motivationsprobleme.⁵ Die Angestellten zogen es weiterhin vor, daheim zu bleiben.

Zwar ließen sich auch negative Berichte vernehmen. So fanden es viele nicht witzig, dass der Vorgesetzte nun allmorgendlich vom zweckentfremdeten Esstisch grüßte. Nicht wenige vermissten den Schwatz mit den Kollegen, während zahlreiche frischgebackene Eltern mit Wehmut an die Arbeitsatmosphäre ihres Büros dachten. Insbesondere in den Sozialen Medien häuften sich Memes, Stories und Kommentare, die über die Probleme zuhause Auskunft gaben. In den oft witzig gehaltenen Posts äußerte sich jedoch nicht nur Bedauern über die absolute Entgrenzung von Privatem und Beruflichem, die daheim vonstattenging, sondern gleichermaßen heimlicher Stolz. Immerhin ließ sich so Freunden, Bekannten und Kollegen beiläufig zeigen, dass trotz aller Widrigkeiten die Fahne hochgehalten wird. Die Einblicke in die häuslichen Verhältnisse boten mit anderen Worten auch eine Möglichkeit, sich selbst zum Helden der Arbeit zu stilisieren.

Segen der Einen, Fluch der Anderen

In den großen Zeitungen häuften sich die Artikel über das Für und Wider des Homeoffice und es konnte fast so scheinen, als entstünde das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik ausschließlich an Laptops in Privatwohnungen. Doch während das Feuilleton von der Digitalisierung der Gesellschaft träumte, verließen die meisten Deutschen wie eh und je frühmorgens das Haus. Für sie ging das Leben seinen Gang, nun jedoch unter erschwer-

ten Bedingungen. Verglichen mit der Fraktion Heimarbeit, die nun neue Erfahrungen sammelte, traf sie die Einstellung der öffentlichen Dienste (Nahverkehr, Kindergärten, Schulen etc.) weitaus härter: Wer weiterhin zur Arbeit fuhr, musste gegebenenfalls eine Betreuung für die eigenen Kinder organisieren. Der Schulausfall traf vor allem diejenigen hart, denen es an Zeit, Geduld und Wissen fehlte, um daheim die Arbeit abwesender Lehrer zu ersetzen. Obwohl sich absehen ließ, wessen Nachwuchs unter der Krise am meisten zu leiden haben würde, erhielten die weniger gut Betuchten keine staatliche Unterstützung, mit denen sie – beispielsweise – Nachhilfeunterricht für ihre Kinder hätten bezahlen können.⁶ Am härtesten traf die Krise zweifelsohne die Abgehängten. Gerade in den Niedriglohnbranchen wurde das Kurzarbeitergeld häufig nicht aufgestockt. Kellner und Verkäufer mussten über Monate hinweg mit deutlich weniger Geld auskommen. Wer nur einem Minijob nachging, verlor meist sofort sein Einkommen.⁷ Zugleich waren es die ärmeren Haushalte, die das größere gesundheitliche Risiko trugen. Denn nachdem zu Beginn der Pandemie in Deutschland vor allem die reisefreudigen Vertreter der oberen Mittelschicht erkrankt waren, traf es später verstärkt Mindestlohn- und Sozialhilfeempfänger.⁸ Aufgrund der schlechteren Lebensbedingungen steckten sie sich nicht nur häufiger mit dem Virus an, oftmals verlief bei ihnen auch die Erkrankung schwerer.

Von den Sorgen und Nöten der Armen war in den großen Zeitungen nur selten zu lesen. Stattdessen entwarfen viele Journalisten ein positives Bild der gesellschaftlichen Lage. Ihnen schien die Aussicht, dass es bald wieder so sein könnte wie vor dem Ausbruch, mehr Schrecken einzuflößen als die Krise selbst. Eine Autorin der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* sparte zwar nicht an dramatischen Worten („Katastrophe“), um die Geschehnisse zu beschreiben. Ihr Bedauern wirkte jedoch wenig glaubwürdig, als sie damit anfang aufzuzählen, was mit der Alten Welt vorläufig untergegangen seien: „Unsere Prä-Corona-Welt war ausgelegt auf Genuss, auf gedankenlosen Konsum, auf zu viele Termine; die Zeit dafür kaufte man sich mit mehr Konsum und Servicedienstleistungen frei.“⁹

Die Autorin mochte nicht zum Status quo ante zurückkehren. Den Stillstand des öffentlichen Lebens empfand sie offenbar als eine Art heilsame Zwangskur für ihre von Stress geplagte Seele. Damit war sie nicht alleine. Der stellvertretende Chefredakteur der *Zeit* sorgte sich im Mai um seine Lieblingspartei. In Bernd Ulrichs Augen waren die Grünen dabei, eine gute Gelegenheit zu verpassen. Denn obwohl die Pandemie die Systemmängel des „Wachstums- und Konsummodells“ („Defizite in der Kranken- und Altenpflege“, „die ungerechte Bezahlung systemrelevanter Arbeit“, „die hygienischen Zustände sowie die digitale Ausstattung in deutschen Schulen“) offengelegt habe, ließe sich der Krise einiges abgewinnen: „Zudem hat die Corona-Krise neben den vielen schrecklichen Dingen auch ein paar überraschende, sogar positive Erfahrungen mit sich gebracht: Verlangsamung, Solidarität, Konsumverzicht (für jene, die genug haben, um überhaupt verzichten zu können), verstärkte Familiarität, verringerte Mobilität, leisere Städte, weniger Kohlendioxidausstoß. Lebensweltlich müssten doch gerade die Grünen mit diesen wenigen positiven Aspekten einer im Großen und Ganzen deprimierenden Krise etwas anfangen können.“¹⁰ Ulrich dürfte den Lesern seiner Zeitung und den Wählern seiner favorisierten Partei aus dem Herzen gesprochen haben, wenn er die vermeintlich tollen Sachen auflistet, die Corona zu verdanken seien.

Leave no one behind?

Die Meinungsführer der deutschen Öffentlichkeit interessierten sich während der vergangenen Monate nur selten für die Not, die das Virus mit sich brachte. Stattdessen haderten die Mitglieder des linksliberalen Milieus vor allem mit dem eigenen Schicksal. Zwar erklärten sie die Krise zu einer Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, öffentlich wollten sie jedoch nicht für die Armen und Schwachen eintreten. Die Appelle an die Mitmenschlichkeit dürften vielmehr dazu beigetragen haben, dass die akuten Probleme verdrängt worden sind. Denn während die tatsächlichen Missstände oft unthematisiert blieben, überantwortete man die Lösung der Krise dem guten Willen der Bundesbürger. Anstatt sich mit den Zuständen vor der eige-

nen Haustür zu befassen, ermahnten die Engagierten ihre Mitmenschen auf Bettlaken, niemanden zurückzulassen („Leave no one behind!“). Zwar ist die Sorge um die damit gemeinen Flüchtlinge auf den griechischen Inseln berechtigt, wie die vergangenen Wochen leider gezeigt haben. Die Anteilnahme ist jedoch schräg, solange die Mahnung nicht an die Politik gerichtet wird, sondern an die Nachbarn daheim.

Dasselbe taten viele Vertreter der deutschen Öffentlichkeit: Statt die Politik in die Pflicht zu nehmen, maßregelten sie lieber jene, die es ihrer Meinung nach an sozialem Verantwortungsgefühl missen ließen. Ewig und einen Tag echauffierten sie sich über die Maskenverweigerer, die in Berlin auf die Straßen gegangen sind, weil sie die Fortschritte der vergangenen Wochen gefährden würden. Unterdessen strömten im Süden der Republik jedes Wochenende fast zehntausend Münchener an die Isar, um dort den Sommer zu genießen. Und obwohl es genauso eng zuging wie in Berlin, als im Mai in der Bayerischen Landeshauptstadt mehr als 25.000 Menschen anlässlich des Tods George Floyds demonstrierten, erwog danach niemand öffentlich ein Verbot solcher Veranstaltungen. Als im Sommer die Debatten über die Nachlässigen und Verweigerer nicht mehr abrissen, und alle dabei immerfort betonten, die Verantwortung liege bei jedem Einzelnen, verhallten die wenigen Rücktrittsorderungen nach dem Desaster in den Bayerischen Testzentren innerhalb von Tagen. Dort hatten sich über zwei Wochen lang fast tausend positive Nachweise angesammelt und die Getesteten nicht von den Ergebnissen erfahren. Soll heißen: Im Fokus der Öffentlichkeit standen seltener die möglichen Verfehlungen und Versäumnisse von Behörden und Regierungen als das Verhalten und die Ansichten politischer Außenseiter.¹¹

Während der Pandemie zeigte sich ein altbekanntes Muster in der deutschen Krisenreaktion, das bereits bei der Flüchtlingskrise zu beobachten war: Im wechselseitigen Zusammenspiel von Medien und Politik wird die Krise zu einer nationalen Herausforderung erklärt. Die Zivilgesellschaft übernimmt dabei bereitwillig die Rolle des Helfers in der Not. In der Folge betonen ihre Vertreter die individuelle Ver-

antwortung, anstatt den Staat in die Pflicht zu nehmen. Das Bundespresseamt und die deutsche Presseagenturen verbreiten indes eine gedämpft euphorische Stimmung. In den Zeitungen erscheinen sentimentale Berichte über die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung und die Zivilgesellschaft ergreift eine „Wir schaffen das!“-Mentalität. Zugleich finden die aufkommenden Sorgen und Nöte nur begrenzt Widerhall in den überregionalen Medien. Dafür lassen sich dort nicht wenige Stimmen vernehmen, die von den Chancen der Krise schwärmen: Während der Flüchtlingskrise träumten geläuterte Deutsche von Wiedergutmachung und kultureller Erneuerung, heute wird die technologische Modernisierung der Arbeitswelt bejubelt, die dank der Pandemie vonstatten gehe. Zeitgleich wird immer wieder betont, aufgrund der prekären Lage gäbe es keinen Spielraum für politische Diskussionen. Das politische Vorgehen erscheint als alternative Angelegenheit.¹² Bundespolitiker, Redakteure und Vertreter der Zivilgesellschaft fordern umso vehementer den gesellschaftlichen Zusammenhalt ein. Eine inhaltliche Debatte über die sozialen Dimensionen der Krise findet jedoch nicht statt.

Social Distancing

Nicht wenigen Journalisten und Redakteuren misslang es, während der vergangenen Monate einen Mindestabstand zu den eigenen Empfindungen und Erlebnissen zu wahren. Dass ihre Probleme möglicherweise nicht die der breiten Mehrheit sein könnten, kam ihnen nur selten in den Sinn. Zwar ist es nichts Neues, dass die sozialen Probleme am unteren Rand der Gesellschaft kaum ins öffentliche Bewusstsein dringen. In der aktuellen Krise zeigte sich jedoch, dass es nicht mehr nur das Prekariat ist, das Schwierigkeiten hat, Gehör zu finden. Auch große Teile des Mittelstandes blieben mit ihren Meinungen und Sorgen in der öffentlichen Berichterstattung außen vor. Infolge der Pandemie ließ sich eine gesellschaftliche Zweiteilung beobachten: Während das deutsche Feuilleton Optimismus verbreitete, wuchsen in Teilen der Bevölkerung die Ängste. Während die bundesweite Presse von den vermeintlichen Chancen sprach, die die Krise für die Modernisierung der Gesellschaft biete, überwog

anderswo die Sehnsucht nach dem Status quo ante. Während hier über das Homeoffice debattiert wurde, quälten sich dort Menschen mit existenziellen Nöten finanziellen Ursprungs zur Arbeit. Mit anderen Worten: In den bundesweiten Medien spiegelte sich die Lebenswirklichkeit eines bestimmten gesellschaftlichen Milieus wider, weniger die der breiten Bevölkerung. Dieses Milieu lässt sich mit dem identifizieren, was der Sozialwissenschaftler Andreas Reckwitz als neue Mittelschicht bezeichnet hat. Ihre Vertreter leben in den Großstädten, haben einen Universitätsabschluss, und arbeiten häufig in der Dienstleistungssphäre, etwa im Öffentlichen Dienst, in der Kultur- und Medienbranche oder dem Wissenschaftsbetrieb. Reckwitz unterscheidet sie von den Vertretern der alten Mittelschicht, die eher auf dem Land leben, häufiger Karriere im Betrieb gemacht haben und selten über einen Universitätsabschluss verfügen.

Die Krise traf die neue Mittelschicht nicht unvorbereitet. Ihre Vertreter waren bereits vor der Pandemie mit mobiler Arbeit und flexiblen Arbeitszeiten vertraut. Von ihnen blieben ab März viele zuhause. In den nachfolgenden Monaten warf das Homeoffice Licht auf ihre Arbeitswelt. Im Gegensatz zum Betrieb und dem Großraumbüro der 90er Jahre, basiert dort die Arbeit bereits jetzt weitaus stärker auf individueller Initiative. Sie wird immer seltener über direkte Anweisungen organisiert, sondern durch freie Projektarbeit. Die Verantwortungsbereiche der einzelnen Mitarbeiter bleiben indes oftmals vage. Ein großer Teil der Tätigkeit erfolgt in Eigenregie. Jeder ist sein eigener Chef in der schönen neuen Arbeitswelt. Wer jedoch eigentlich die Entscheidungen trifft, ist weitaus weniger durchsichtig. Die selbstverantwortliche Arbeit verlangt einerseits eine größere Identifikation mit der eigenen Tätigkeit. Andererseits sorgen das Auflösen fest umrissener Tätigkeitsgebiete und die flexible Aufgabenübertragung für eine erhebliche Schwächung des kollegialen Geistes. Die Mitarbeiter erscheinen nicht mehr als Verbündete in den Auseinandersetzungen mit den Vorgesetzten. Stattdessen belauern alle einander als konkurrierende Subunternehmer auf dem Weg nach oben. Das Homeoffice ist Emblem für diese neue Arbeitswelt. Demgegenüber erscheint das berufliche Umfeld der alten Mittelschicht, dem

festen Hierarchien, Verantwortungsbereiche und Arbeitszeiten vorherrschen, als gesellschaftliches Auslaufmodell.

Ende

- 12 In der Krise ließ sich beobachten, dass sich die Gesetze und Regeln der neuen Arbeitswelt längst im Sozialtypus der neuen Mittelschicht niedergeschlagen haben. Denn es waren vor allem die ihre Vertreter, die am meisten Gehör in den Medien fanden und die Richtung der deutschen Politik während der Pandemie bestimmten. Sie waren es, die eine Debatte über die sozialen Folgen der Krise verhinderten, indem sie einerseits individuelle Verantwortung betonten, andererseits vehement gesellschaftlichen Zusammenhalt einforderten. Insbesondere auf die Jüngeren, die im Medien-, Kultur- oder Wissenschaftsbetrieb oftmals unter miesen Bedingungen arbeiten, davon allerdings nichts wissen wollen, konnte sich der Staat verlassen. In den vergangenen Monaten gehörten sie nicht nur zu den größten Fürsprechern der deutschen Krisenpolitik. Sie waren auch die Wortführer der weiteren Liberalisierung der Arbeitsverhältnisse. Indem die Jungen und Dynamischen das Homeoffice zum gesellschaftlichen Idealmodell hochjubelten, stimmten sie ihrer eigenen Ausbeutung zu. Dass ihnen längst nicht mehr auffällt, wer am meisten darunter leiden wird, wenn demnächst noch mehr Angestellte daheim quasi auf eigene Rechnung arbeiten, ist nicht nur bitter. Das Tragische daran ist, dass sich der schönen neuen Arbeitswelt, in der noch das letzte Refugium des Privaten dem Job einverleibt wird, niemand entziehen kann.

AG Antifa, Oktober 2020

1 Inzwischen plant das Gesundheitsministerium des Bundes, eine Verordnung zu erlassen, um prophylaktische Tests in Pflegeeinrichtungen zu ermöglichen.

Stand: 11. Oktober 2020

2 „Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020“, Bertelsmann-Stiftung

13

3 „Warum so glücklich?“, *Die Zeit*, 14. Mai 2020

4 „Lieber Homeoffice – Die Briten weigern sich, zurück ins Büro zu gehen“, *Die Welt*, 31. August 2020

5 „Arbeitgeber fürchten Folgen – Homeoffice in der Coronapandemie“, TAZ, 30. September 2020

6 „Die Generation der Bildungsverlierer“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28. Juni 2020

7 „Warum die Coronakrise Ungleichheit verschärft“, *Der Tagesspiegel*, 10. Mai 2020

8 „Corona trifft sozial Benachteiligte härter“, *Tagesschau.de*, 15. Juni 2020

9 „Weil es nie wieder so wird, wie es mal war“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20. Juli 2020

10 „Wo sind die Grünen, wenn man sie mal braucht“, *Die Zeit*, 31. Mai 2020

11 Nach den offiziellen Statistiken befürworteten mehr als 90% der Bundesbürger die Maßnahmen der Regierung. Ebenso viele äußerten in Umfragen, gar kein Verständnis für die Teilnehmer der Berliner Demonstration zu haben.

12 Während es im Frühjahr in anderen Ländern (z.B. Spanien) große Proteste gegen die Politik der Regierung gab, die von Parteien unterstützt wurden, blieben diese in Deutschland aus. Bei den nennenswerten Demonstrationen in den westdeutschen Großstädten (vor allem in Süddeutschland) und in Berlin waren nur am Rande konkrete politische Forderungen zu vernehmen. Obwohl es jede Menge gute Gründe gab, beispielsweise an der Notwendigkeit und Wirksamkeit von Schulschließungen zu zweifeln, blieb eine Diskussion darüber aus.

Selbstdarstellung

Die Ag Antifa ist ein Arbeitskreis des Studierendenrates der Martin-Luther-Universität Halle. Sie besteht mittlerweile seit fünfundzwanzig Jahren. Die Ag Antifa beruft sich auf einen Antifaschismus, der an der Kritischen Theorie Theodor W. Adornos und Max Horkheimers geschult ist und stellt dementsprechend den Antisemitismus ins Zentrum ihrer Betrachtung des Nationalsozialismus. Sie hält es darüber hinaus mit Horkheimers Diktum, dass heute die Gesellschaft nur durch den Antisemitismus richtig verstanden werden kann.

In Anbetracht ihres zentralen Betätigungsfeldes, der Universität, setzt sich die Arbeitsgruppe zwar regelmäßig in kritischer Weise mit studentischen Verbindungen, die ihre Rolle bei der Zerstörung der Weimarer Republik noch heute leugnen oder verniedlichen, auseinander. Aufgrund historischer Erfahrungen vom Nationalbolschewismus der zwanziger und dreißiger Jahre bis hin zu linken Gruppen, die sich die Vernichtung Israels, des Staates der Überlebenden des Holocaust, auf ihre Fahnen geschrieben haben, weiß sie jedoch, dass auch die politische Linke nicht stets mit der Partei der Aufklärung identisch ist. Sie versucht, dieses Wissen in und mit ihren Veranstaltungen zu reflektieren.

Im Zentrum ihrer Arbeit steht dementsprechend weniger die Aufdeckung rechter Strukturen oder Aktivitäten gegen Neonaziaufmärsche und -versammlungen (auch wenn dies im Einzelfall durchaus wichtig sein mag). Die Ag Antifa organisiert vielmehr Vorträge, Seminare, Diskussionsveranstaltungen und Filmreihen, die über das enge Feld Neonazismus und Neue Rechte hinausweisen. Antifaschismus, so ihre Überzeugung, beginnt nicht bei der Sitzblockade gegen den Neonaziaufmarsch, er besteht vielmehr in der Stärkung kritischen, d.h. aufklärerischen Denkens.

Islamismus – Eine rechte Bewegung?

3. Vortrag und Diskussion mit Jonas Kruthoff
Sep. VL-Kneipe, Ludwigstraße 37, Halle (Saale)

Der Verfassungsschutz und andere Sicherheitsbehörden führten den Islamismus lange Zeit unter dem Nonsensbegriff „Ausländerextremismus“. Ausländer-Sein ist selbstverständlich keine politische Kategorie, und auch in Deutschland tätige ausländische Organisationen können auf einem politischen Spektrum dargestellt werden. So sind etwa die kurdische PKK und die türkische Idealistenbewegung (Graue Wölfe) eindeutig links bzw. rechts zu verorten.

Erst seit einigen Jahren bildet „Islamismus/islamistischer Terrorismus“ für die deutschen Sicherheitsbehörden eine eigenständige Kategorie. Islamismus wird dabei in der Regel noch in den gewalttätigen Dschihadismus und in im Rahmen der Gesetze operierende Akteure, die sogenannten Legalisten, aufgeteilt. Diese Kategorienbildung ist weitgehend von Politik und Wissenschaft akzeptiert. Dabei lassen sich auch Islamisten politisch bestimmen. Nicht nur von der Struktur her ähneln viele ihrer Organisationen denen europäischer Rechter, auch inhaltlich finden sich zahlreiche Überschneidungen.

Die Muslimbruderschaft lehnt die aufklärerische Vorstellung, dass Menschen ihr Schicksal selbst bestimmen sollten, ab. Ihre Arbeit zielt auf die (Wieder-)Herstellung der Souveränität Gottes durch einen islamischen Staat. Darüber hinaus wird Homosexualität als Sünde abgelehnt. Auch werden quasi-naturalistische Geschlechterrollen vertreten, in denen Frauen mehr oder weniger auf die Rolle der häuslichen Reproduktion beschränkt sind, während Männern die öffentliche Sphäre zugeordnet wird.

Die Exotisierung des Islamismus und seiner Vertreter durch ihre Einordnung außerhalb politischer Skalen ermöglicht das Hofieren rechter Islamverbände durch Parteien, die sich sonst in ihrem Kampf gegen Rechts so einig sind. Über diese und andere Dinge wird zu diskutieren sein.

Jonas Kruthoff studiert Sozialwissenschaften und forscht seit mehreren Jahren zur Muslimbruderschaft im Westen.

Gefälschte Geschichten, missbrauchte Erinnerungen – Über den jüngsten geschichtspolitischen Clash zwischen Polen und Russland

8. Vortrag und Diskussion mit Gerd Koenen
Okt. Online auf facebook.com/agantifaschismus

Seit Anfang des Jahres ist zwischen Russland und Polen erneut ein Streit über den Zweiten Weltkrieg ausgebrochen. Diese Auseinandersetzung hat selbst die Gedenkfeiern zum 75. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz überschattet. Der polnische Präsident Duda blieb der Feier in Yad Vashem fern, da er nicht sprechen durfte. Russlands Präsident Putin wiederum hat aus reziproken Gründen nicht an den Feiern in Auschwitz teilgenommen.

In einem in der russischen und internationalen Presse verbreiteten Artikel zum Jahrestag des Kriegsendes ist Putin einen Schritt weitergegangen und hat erklärt, dass die polnische Regierung und die Westmächte mindestens eine Mitschuld am Ausbruch des Weltkriegs trügen. Duda wiederum nannte das eine monströse Verzerrung der historischen Wahrheit, mit der die Vernichtung Polens im Hitler-Stalin-Pakt gerechtfertigt werden solle.

Während im heutigen Russland die Erzählung vom „Großen Vaterländischen Krieg“, den man sich allein auf die Fahnen schreiben möchte, zum neuen Zentralmythos erhoben worden ist, sieht Polen sich – auch an ältere Martyrologien anschließend – als das Opfer einer doppelten nationalsozialistischen und sowjetischen Aggression, das nie aufgehört habe, Widerstand zu leisten. Beide Interpretationen erscheinen nahezu unvereinbar und dienen in ziemlich unverstellter Weise innen- und außenpolitischen Zwecken und Ansprüchen. Sie sind darüber hinaus aber auch für die deutschen und internationalen Diskussionen über den Weltkrieg, den Holocaust usw. von eminenter Bedeutung.

Gerd Koenen ist Historiker und Publizist. In seinem Buch „Der Russland-Komplex“ (2005) hat er sich mit der langen Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen, in denen Polen stets der unglückliche Dritte war, beschäftigt, und zuletzt in „Die Farbe Rot“ (2017) mit der Geschichte des Kommunismus im 20. Jahrhundert.

„... it's not systemic“

Antisemitismus im postmodernen Antirassismus

20. Vortrag und Diskussion mit Ingo Elbe
Okt. Online auf facebook.com/agantifaschismus

„An deutschen Hochschulen ist kein Platz für Antisemitismus“, titelte eine kürzlich publizierte Erklärung der Hochschulrektorenkonferenz. Doch nicht erst seit der Debatte um den postkolonialen Theoretiker Achille Mbembe stellt sich die Frage, ob ein „ehrbarer Antisemitismus“, wie Jean Améry ihn einst nannte, nicht längst ein fester Bestandteil – insbesondere sich in postmoderner Weise antirassistisch artikulierender – universitärer Disziplinen geworden ist. In diesem von Michel Foucault, Edward Said oder Judith Butler inspirierten Diskurs findet sich nämlich ein systematischer Zusammenhang von begrifflicher Eliminierung des Antisemitismus, Relativierung des Holocaust, De-Thematisierung vor allem der islamischen Judenfeindschaft und Hass gegen Israel. Wird es in Deutschland eine ähnliche Entwicklung geben wie in den USA, wo die Black Lives Matter-Bewegung, muslimische Aktivistinnen in der demokratischen Partei oder Women's March-Führerinnen dem Antisemitismus das Label „progressiv“ verpasst haben?

Der Vortrag gibt einen Überblick über Faktoren, die das wichtige Anliegen der Rassismusanalyse in eine postmoderne Weltanschauung verwandelt haben, die partiell gültige Aussagen unzulässig verallgemeinert, empirische Analysen durch starre Theorieschablonen ersetzt, inkonsistente, machtreduktionistische und kulturelrelativistische Erkenntnistheorien zugrunde legt und über weite Strecken von volkspädagogischen Absichten und politischen Ressentiments geleitet wird.

Dr. Ingo Elbe ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Privatdozent am Institut für Philosophie der Universität Oldenburg. Zum Thema publizierte er u.a.:

„... it's not systemic“. Antisemitismus im akademischen Antirassismus. In: T. Amelung (Hg.): Irrwege. Analysen aktueller queerer Politik, Berlin 2020.

The Anguish of Freedom. Is Sartre's existentialism an appropriate foundation for a theory of antisemitism? In: Antisemitism Studies, April 2020

Die falsche Versöhnung von Subjekt und Objekt. Eine Kritik an Hans-Georg Gadammers hermeneutischem Antirealismus. Mit einem Epilog: Dipesh Chakrabartys konservative Hermeneutik im postmodernen Historyland. In: sans phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik, Sommer 2020

Im Herbst erscheint sein Buch Gestalten der Gegenaufklärung. Untersuchungen zu Konservatismus, politischem Existentialismus und Postmoderne.

Teheran Tabu? – Die deutsch-iranischen Beziehungen zwischen Atomdeal, Massenprotesten und Hinrichtungswellen

5. Vortrag und Diskussion mit Ulrike Becker
Nov. Online auf [facebook.com/agantifaschismus](https://www.facebook.com/agantifaschismus)

Während die USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran ausgetreten sind und das islamistische Regime in Teheran mit harten Sanktionen zu einem Politikwechsel zwingen wollen, setzen Bundesregierung und EU weiter auf Zusammenarbeit und den Atomdeal aus dem Jahr 2015.

Die Haltung Deutschlands wirft Fragen auf: Warum verzichtet die Bundesregierung weitgehend auf Mittel des politischen Drucks, trotz massiver Menschenrechtsverletzungen, der tödlichen Niederschlagung der Bürgerrechtsbewegung, einer Hinrichtungs- und Verhaftungswelle im Iran und weiterhin permanenter Vernichtungsdrohungen gegen Israel sowie Verstößen gegen die Auflagen des Atomdeals und einer terroristischen Außenpolitik? Der Vortrag geht auf die Lage der Protestbewegung im Iran ein, auf die Zuspitzung des Streits um das iranische Atomprogramm und auf die deutsche Iran-Politik. Dabei wird auch die Frage diskutiert, was die Gründe dafür sind, dass die Bundesregierung an einer Politik festhält, die man als Appeasement bezeichnen kann.

Ulrike Becker schreibt u.a. für die *Jungle World*.

Was kommt nach #MeToo?

21. Vortrag und Diskussion mit Sara Rukaj
Jan. Online auf [facebook.com/agantifaschismus](https://www.facebook.com/agantifaschismus)

Die Sexualität und das Geschlechterverhältnis haben in der westlichen Welt fraglos einen immensen Modernisierungsprozess durchlaufen. Religiöse Normen, die deontologisch bestimmte sexuelle Ausdrucksformen als gut (reproduktive Sexualität in der Ehe) oder schlecht (z.B. Homosexualität oder Masturbation) einordnen, haben an Bedeutung verloren. Stattdessen wird auf der Basis sexueller Bürgerrechte zunehmend eine Verhandlungs- bzw. Konsensmoral evoziert, die während der #MeToo-Debatte sogar als justizabler Bestand diskutiert wurde. Doch ist damit die Grundstruktur der Geschlechter in Sachen Liebe und Sexualität verschwunden? So setzt die Konsens-Kommunikationsmoral analog zur Partnerschaft bereits Egalität voraus, womit sie kein kritisches Potenzial birgt und nachfolgende Fragen gar nicht erst bearbeitet werden: Wie wirken ungleiche Rollenzuschreibungen in der Sexualität und in festen Paarbeziehungen? Perpetuiert die Liebe immer noch Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, ist Sexualität nicht konstitutiv unbewusst und widersprüchlich? Oder war die Kritik so wirksam, dass sie sich mittlerweile selbst abgeschafft hat? Einiges deutet darauf hin, dass Egalität sowohl in der Sexualität als auch in festen Paarbeziehungen ein moderner Mythos ist und sich emanzipatorisch und fortschrittlich gerierende Paarkonstellationen ebenfalls dazu tendieren, Unterschiede zwischen den Geschlechtern zu nivellieren. Paradoxe Weise gerade, weil man sich bereits als emanzipiert wahrnimmt.

Weiterhin wurden kaum der eindimensionale Männerhass und die devote Haltung vieler Frauen, die sich qua #MeToo zu Wort meldeten, diskutiert. Immer wieder liest man von „dummen Sprüchen“ oder Flirtavancen, die einen traumatisiert hätten oder gar patriarchal seien. Mit dieser Haltung verniedlicht man nicht nur genuine Traumata, sondern entmündigt gleich sich selbst. Was bleibt in puncto Emanzipation übrig, wenn man nicht einmal mehr zu einem

„Spruch gegen Spruch“ in der Lage ist? Dass viele Frauen in Beklemmung geraten, ist verständlich. Auch soll nicht der Eindruck entstehen, plumpe oder beleidigende Sprüche in Schutz zu nehmen. Allerdings wäre es vielversprechend, nicht nur Tatbestände, sondern auch etwaige Handlungsmöglichkeiten und einen nicht völlig entleerten Begriff des „Patriarchats“ breiter zu diskutieren. Es ist im Interesse des kapitalistischen Systems, dass Frauen und Männer zu feindlichen Gruppen avancieren. Solange das eindimensionale Feindbild Mann ohne Reflexion tradiert wird, arbeitet die Frauenbewegung – wenn auch unbewusst – gegen sich selbst an.

Sara Rukaj schreibt u.a. für die *Jungle World*.

3. September 2020

Islamismus – Eine rechte Bewegung?

Vortrag und Diskussion mit Jonas Kruthoff

8. Oktober 2020

Gefälschte Geschichten, missbrauchte

Erinnerungen –

Über den jüngsten geschichtspolitischen Clash zwischen Polen und Russland

Vortrag und Diskussion mit Gerd Koenen

20. Oktober 2020

„... it's not systemic“ -

Antisemitismus im postmodernen Antirassismus

Vortrag und Diskussion mit Ingo Elbe

5. November 2020

Teheran Tabu? –

Die deutsch-iranischen Beziehungen zwischen Atomdeal, Massenprotesten und Hinrichtungswellen

Vortrag und Diskussion mit Ulrike Becker

21. Januar 2021

Was kommt nach #MeToo?

Vortrag und Diskussion mit Sara Rukaj